Romain Kohn*

# Vom unwiderstehlichen Charme eines publizistischen Anliegens

*Worin bestehen, im Vergleich zum näheren und ferneren Ausland, die Besonderheiten der Luxemburger Presse? Thesenartig gerafft könnte eine denkbare Antwort lauten: Die einheimische Presse ist wirtschaftlich unrentabel, von staatlichen Zuschüssen abhängig, (partei)politisch voreingenommen und handwerklich eine einzige Schluderei.*

Das Internet macht den Zeitungen, allen voran den Tagesblättern, das Überlebensgeschäft nicht leichter, auch nicht der allseits grassierende Kulturkonsumismus. Die Menschen fahnden mit der Maus nach Informationen und erstehen stapelweise Fachzeitschriften, doch der leidenschaftliche Leser, mithin der gebildete Bürger, der einst den Erfolg der Presse sicherstellte, stirbt allmählich aus. Den einen dauert diese Entwicklung, den anderen läßt sie gleichgültig; zu ändern ist sie (vorläufig?) nicht.

In diesen Zeiten der schieren Buchhalterei tut es gut, wenn ein Presseverleger mit einem in erster Linie publizistischen Anliegen antritt. Als das Verlagshaus Éditpress *Le Jeudi* auf den Markt brachte, durften die frankophonen Einwohner darauf hoffen, endlich prägnant mit allgemeinen Nachrichten über Luxemburg in der ihnen geläufigen Sprache bedient zu werden. Daß es sich am Ende gar nicht um eine Wochenschrift (mit ereignisraffenden Analysen) handelte, sondern um eine Tageszeitung, die zufällig jeden Donnerstag erscheint (und sich in der Akkumulation von Meldungen erschöpft), müssen die Macher mit sich und ihren potentiellen Käufern ausmachen.

Komplizierter erweist sich der Zukauf der *Revue*. Welches publizistische Projekt die Escher Medienmanager mit der Illustrierten verfolgen, darüber kann man allenfalls spekulieren. Eher läßt sich erahnen, daß Éditpress zunächst pekuniäre Ziele im Auge hat, denn inhaltlich hat das bunte Magazin wenig mit den bislang im linken Gewerkschaftsfeld bekundeten Absichten gemein.

Bloß: Kann man in Luxemburg tatsächlich Geld verdienen mit einem Presseerzeugnis? Mit einem einzigen pro Sparte wahrscheinlich schon, wie *Luxemburger Wort* und *Télécran* zeigen, mit mehreren eher nicht. Denn ein einzelnes Druckexemplar verursacht, nicht zuletzt angesichts der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestzahl an Journalisten, derer es bedarf, um in den Genuß einer öffentlichen Unterstützung zu gelangen, dieselben redaktionellen Gestehungskosten wie ein paar tausend oder mehrere zehntausend Blätter. Betriebswirtschaftlich spricht man von optimierten Durchschnittskosten.

## Die Trägheit des Lesers

Also alles eine Frage der Auflagensteigerung? Die *Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* verkaufen jede täglich ungefähr so viele Exemplare wie Luxemburg Einwohner hat - dabei wird die Bundesrepublik von über 80 Millionen Menschen bevölkert. Daß im Großherzogtum überhaupt die Schwelle von 100.000 abgesetzten Kopien politischer Zeitungen am Tag überschritten wird, hat vor allem damit zu tun, daß viele Bürger (von Berufs wegen) gleich mehrere

*"Daß im Großherzogtum überhaupt die Schwelle von 100.000 abgesetzten politischen Zeitungen am Tag überschritten wird, hat vor allem damit zu tun, daß viele Bürger (von Berufs wegen) gleich mehrere Abonnements beziehen." (im Bild: Lëtzebuerger Land)*

Abonnements beziehen. Dessenungeachtet stellt die Zeitung keinen Wirtschaftsfaktor im eigentlichen Sinne dar.

So hat sich bislang kein ausländisches Blatt ins großherzogliche Gehege verirrt, mit Ausnahme des *Républicain lorrain*. Doch selbst in diesem konkreten Fall ging es nicht darum, den Luxemburger Markt aufzurollen, sondern den eigenen, d.h. den französischen zu konsolidieren. Und es handelte sich zum Zeitpunkt ihrer Einführung um die erste frankophone Zeitung in einem Umfeld, in dem Deutsch die traditionelle Pressesprache war und überwiegend geblieben ist. Warum so wenig ausländisches Interesse besteht, liegt auf der Hand: Es rechnet sich betriebswirtschaftlich nicht. Das werden die Pfadfinder des schwedischen Metro-Konzerns, die jüngst auf Prospektionsreise für ein weiteres Gratisblatt im Großherzogtum weilten, auch noch feststellen; die Luxemburger Zeitungsmacher wissen es längst.

Ebenso können die Luxemburger Presseverleger darauf vertrauen, einen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Anteil ihrer verkauften Zeitungen im Abonnement abzusetzen. Verfügten sie nicht über eine derartige betriebswirtschaftliche Gewißheit, die tägliche Auflagenkalkulation entpuppte sich als ausgesprochenes Vabanquespiel. Am Kiosk klettert der Auflagenumsatz höchstens, wenn der Wohnungs- bzw. Stellenmarkt erscheint. Aber daß irgendein Titel mehr Exemplare dank einer Exklusivmeldung oder gar der Offenlegung eines politischen Skandals absetzte, davon weiß man in Luxemburg nichts. (Wäre es anders, das *Journal* hätte es in den letzten Jahren merken müssen.) Ausländische Titel haben da mehr Fortüne, was allerdings auch mit einer anderen Besonderheit der Luxemburger Medienlandschaft zusammenhängt: Man übernimmt selten bis nie fremde Geschichten, selbst wenn sie als Vorabmeldung (in der Absicht, die Auflage hochzuschrauben) verschickt werden.

**Der angeblich pressefördernde Griff in die Steuerkasse beweist allenfalls, daß der Gesetzgeber gewillt ist, jeder politischen Gruppierung ein Verlautbarungsorgan zu finanzieren. Aber ist es wirklich das, was die Staats- und Bildungsbürger erwarten?**

Es kommt selbstverständlich ein weiteres Phänomen ins Spiel: die Trägheit der Konsumenten oder, falls das zu kommerziell bzw. nicht hinreichend soziologisch klingt, der Rezipienten. *Honnert,7* und *DNR* können gar keine so schlechten Programme machen wie sie *RTL Radio Lëtzebuerg* in den Hörerumfragen hinterherhinken, und das *Luxemburger Wort* ist im Vergleich zu den anderen Titeln unmöglich so viel besser, wie seine Auflage andeuten könnte. Der Mensch ist, es bewahrheitet sich erneut, ein Gewohnheitstier. Da helfen selbst offensichtliche Verbesserungen nicht weiter.

*"Wer mal wieder keinen Vorteil von diesen Maßnahmen hatte, waren die Journalisten, die ohnehin alles andere als überbezahlt sind." (im Bild: Jacqueline Kimmer, Lëtzebuerger Journal)*

## Die Zeitungen sind besser geworden

Zweifelsohne haben die Luxemburger Tageszeitungen in den letzten zehn, fünfzehn Jahren qualitative Steigerungen zu verzeichnen. Gewinnbringend(er) ist der Pressemarkt in seiner Gesamtheit dadurch nicht geworden. Das *Luxemburger Wort* hat sich eine (ausbaufähige) vierseitige französische Beilage geleistet. Publizistisch hat diese Investition einiges gebracht, vor allem aber etwas, das über das eigentliche Ziel weit hinausgeht: die französischen Artikel sind oftmals besser geschrieben und recherchiert als ihre deutschen Gegenstücke. Inwiefern der Finanzdirektor mit diesem publizistischen Erfolg zufrieden ist, weil mehr Werbung hereinkäme, steht auf einem anderen Blatt. Und da Zeitungsmachen in Luxemburg noch allemal ein teures (publizistisches oder politisches, je nachdem) Hobby bzw. ein verlustbehaftetes Geschäft ist, muß das Geld anderswo hereinkommen.

Da fügt es sich überaus gut, daß das Land über einen philanthropischen Sponsor erster Güte verfügt: Väterchen Staat. Spätestens seit einem Vierteljahrhundert weiß dieser Gönner von Steuerzahlers Gnaden, was er dem Meinungspluralismus schuldig ist, wenngleich nicht auf den Franken genau. Man müßte sich einmal der Mühe unterziehen und zusammenrechnen, wieviel Geld der Staat insgeheim in das Pressewesen steckt — mit Sicherheit ein weit im dreistelligen Millionenbereich sich bewegender Betrag.

Zu nennen wäre zunächst einmal die direkte öffentliche Pressehilfe (die

inzwischen weniger an die journalistische Qualität gekoppelt ist als an den Papierpreis, was die Frage aufwirft, ob man künftig nicht lieber von einer direkten öffentlichen Druckereihilfe reden sollte). Dann fallen nicht unerheblich ins Gewicht die amtlichen Mitteilungen und sonstwie von öffentlichen Stellen finanzierten Anzeigen. Weiter wäre der Nulltarif bei der Mehrwertsteuer zu bezeichnen, der insofern Geld einbringt, als der Verkaufspreis nie entsprechend gesenkt und die Einsparung an die Käufer weitergereicht worden wäre. (Wer mal wieder keinen Vorteil von dieser und wohl auch von weiteren Maßnahmen hatte, waren die Journalisten, die ohnehin alles andere als überbezahlt sind.) Nicht vergessen sollte man schließlich die wechselnden und wissentlich überteuerten Aufträge an die Zeitungsdruckereien, um das sogenannte *Chamberbliedchen* herzustellen.

## Ein Verlautbarungsorgan für jede politische Couleur?

Sicher sind die einheimischen Titel, verglichen mit ähnlichen Blättern, die im Ausland erscheinen, viel zu preisgünstig. Nur verbergen sich hinter diesen Geschäftspraktiken keine wirtschaftlichen Argumente, sondern politische. Keine Tageszeitung kann als überparteilich in einem etwas weiteren Sinne betrachtet werden, mögen die Chefredakteure noch so sehr das Gegenteil behaupten. Dies kann man nicht allein auf den innen- wie außenpolitischen Seiten beobachten, auf denen bestimmte Meinungen nicht erscheinen (oder ist demnächst damit zu rechnen, im *Luxemburger Wort* einen Pro-Choice-Leitartikel und im *Tageblatt* ein Anti-Tripartite-Editorial zu lesen?). Man stellt es nach wie vor ebenso im Kulturteil fest. Während das Feuilleton der ansonsten stramm konservativen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* das vielleicht freiheitlichste überhaupt ist (weit mehr jedenfalls als das der liberalen *Süddeutschen Zeitung*), bleibt beispielsweise *Die Warte* weiter eine Spielwiese der Rechten und *Le Phare* eine der Linken.

Nun heißt es allenthalben, seit der Auflösung der bipolaren Weltordnung seien die ideologischen Gräben mehr oder minder zugeschüttet. Das stimmt insofern, als etwa das *Luxemburger Wort* eine Gastkolumne an prominenter Stelle eingerichtet hat (was im Ausland seit jeher eine Selbstverständlichkeit ist, vielleicht weil dort niemand ernstlich annimmt, die Redaktion müßte sich zwangsläufig mit jedem im Blatt veröffentlichten Artikel identifizieren) oder ein Wechsel aus der Escher Kanalstraße in die Gaspericher Wiesen möglich ist (wäre der umgekehrte Weg auch denkbar?)

Selbstverständlich hat es zu einem erheblichen Teil mit redaktioneller Unterbesetzung zu tun, daß manche Meldungen, anders als in der *New York Times*, in der im Grunde genommen „all the news that's fit to print" steht, fehlen. Aber wie eine Meinungsvielfalt mit öffentlichen Mitteln abgesichert werden soll, das leuchtet nicht unmittelbar ein. So viel Staatsnähe bekommt dem Ideenwettstreit in der bürgerlichen Öffentlichkeit bzw. dem, was von ihr im Zeitalter des Internet dereinst übrigbleiben wird, nicht. (Im übrigen stellt sich die Frage, warum ausgerechnet die Presse die Exklusivität der staatlichen Großzügigkeit beanspruchen sollte. Warum geizt man beispielsweise derart mit den Subventionen an das Theater oder mit den Mitteln beim Aufbau einer Universität, die diese Bezeichnung wirklich verdient hätte?)

Der angeblich pressefördernde Griff in die Steuerkasse beweist allenfalls, daß der Gesetzgeber gewillt ist, jeder politischen Gruppierung ein Verlautbarungsorgan zu finanzieren. Aber ist es wirklich das, was die Staats- und Bildungsbürger erwarten? (Als Anregung sowie Bereicherung des politischen Meinungs- und Willensbildungspro-

Pub: Arche

zesses, ganz eindeutig eine vordringliche Aufgabe des Staates, reicht dies nie und nimmer.) Spannend wird es doch erst, wenn unterschiedliche Meinungen in einem Blatt zu finden sind, wohlverstanden: fundierte Ansichten, keine Leserbriefe *à la luxembourgeoise*. Doch in der Regel sind die Kommentare parteiisch, und obendrein durchsichtig in ihrer Absicht. Wo sind die Gedankenverknüpfungen, die man (als Leser und Bürger) selbst nicht gemacht hat, wo die Aspekte, die man selbst übersehen hat, wo die Argumentationshilfen für die eigene Position? Entscheidend ist in jedem Fall, daß der Leser, nachdem er seine Zeitung weggelegt hat, klüger ist als zuvor.

## Immer näher an der Jetztzeit

Statt dessen berichten die Luxemburger Zeitungen von einer Pressekonferenz (oder drucken bloß den vorgefertigten Text der Verlautbarung ab, ohne auch nur die Überschrift zu ändern und der Meldung wenigstens dadurch eine eigene redaktionelle Gewichtung zu geben), und das einzige, das für den Leser von einem Blatt zum anderen abweicht ist die Wiedergabe der Zahlen und Namen, also der Fakten! (Was hätte man, über die Pressekonferenz hinaus, nicht alles über den Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats und die darin enthaltenen Ausführungen zur Armut im Lande sagen können… Darin steckte Diskussionsstoff für Tage und Wochen.)

Irgendwie ist dieser Mangel auch eine Frage des Handwerks. Von wenigen guten Presseleuten abgesehen, findet sich selten ein Artikel, der nicht wenigstens eine sprachliche Schludrigkeit oder zumindest Gewagtheit offenbart. Und wenn die Texte schon nicht flüssig geschrieben sind, sollte man wenigstens erwarten können, daß sie den gängigen Regeln der Rechtschreibung und Grammatik entsprechen. Manchmal rächt es sich eben doch, seine Mitarbeiter schlecht zu bezahlen und an ihrer Aus- und Weiterbildung zu knausern.

Die Arbeitsweise und der -rhythmus machen es den Journalisten nicht eben leichter: der Redaktionsschluß drängt unentwegt (und dank der steten Verbesserung der Übertragungs- und Produktionstechnologien muß die Berichterstattung immer näher an die Jetztzeit heranreichen). Da alle Generalisten sein müssen, plagt zugleich viele Journalisten das Problem, sich im Tagesverlauf zum Experten einer Sache zu mausern, von der sie morgens beim Espresso noch nicht einmal wußten, daß es sie gibt. Handwerk ist auch eine Frage der Produktionsbedingungen.

**Ob ein Text überhaupt den qualitativen Veröffentlichungsstandards gerecht wird, steht (aufgrund unterschiedlichster Rücksichtnahmen) kaum je zur Debatte.**

Und was vielleicht schwerer wiegt: Es fehlt den einheimischen Journalisten an Selbstvertrauen. So werden unverständlicherweise kaum je inländische Themen auf die Titelseite der Zeitungen gehoben, und wenn das Wunder sich wider Erwarten doch einmal ereignet, dann handelt es sich selten um den Aufmacher. Dabei sind es gerade diese Meldungen und Analysen, die die Leser in keinem ausländischen Blatt finden. Berichte über den Fortgang der Friedensbemühungen im Nahen Osten werden dagegen in aller Regel kompetenter in ausländischen Blättern abgefaßt (sofern es sich dort nicht auch um Agentureinheitsbrei handelt).

## Die Scheu vor innenpolitischen Aufmachern

In Frankreich geht es der Regionalpresse wirtschaftlich besser als den nationalen Titeln, und in Deutschland dürfte kaum eine Kreiszeitung, die ohne (überregionalen) Mantel erscheint, zu finden sein, deren erste Seite nicht aus lokalen Meldungen bestünde. In Luxemburg geschieht das Gegenteil: Zwar funktioniert die *Revue* nach dem (wunderbar doppelbödigen) Motto: „Eis intresséiert, wat Iech intresséiert". Doch selbst der Wahlsieg der LSAP in Esch war dem linken *Tageblatt*, das im selben Verlag erscheint, nicht mehr als ein bescheidener Bericht auf der Titelseite wert.

Gleichwohl: Presse und Rundfunk sind besser geworden in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Zunächst einmal hat sich das publizistische Umfeld quantitativ verändert: Es gibt neue Blätter wie den *Gréngespoun* oder *Le Jeudi*, es gibt neue Radioanbieter wie *Honnert,7*, *DNR* und *Radio Ara*; es gibt ein tägliches TV-Programm. Und es gibt mittlerweile, auch das darf man keineswegs unterschätzen, ein breites Angebot aus den Buchverlagen.

Inhaltlich herrscht dagegen in der Informationsvermittlung nach wie vor ein Mangelzustand. Die Themen, über die viele Journalisten und Autoren gerne in der Presse lesen würden, werden viel zu oft ausgelassen, es sei denn, sie handelten sie selbst ab. Das hat zum einen mit der Tatsache zu tun, daß es in Luxemburg keine Tradition der Lesestücke gibt. Wo sind die Wochenend- und sonstigen Beilagen, die man am Sonntagvormittag beim Frühstück und bis zum Aperitif durchgehen kann auf der Suche nach kenntnisreichen Details?

Das hat zum anderen damit zu tun, daß man hierzulande wenig Aufhebens um Edelfedern macht, und wenn doch, dann geraten sie schnell in den Verdacht der Schöngeisterei. Schließlich, das sei wenigstens in einem Satz erwähnt, auch wenn es eine eigene Abhandlung verdiente, fehlt hierzulande jegliche intellektuelle Kontrolle: Ob ein Text überhaupt den qualitativen Veröffentlichungsstandards gerecht wird, steht (aufgrund unterschiedlichster Rücksichtnahmen) kaum je zur Debatte.

Wenn *forum*, das weniger aus einem journalistischen als einem gesellschaftlichen Impetus heraus entstanden ist, den von Anbeginn an beschrittenen publizistischen Weg konsequent weitergeht, d.h. solide recherchierte Hintergründe und fundierte Meinungen miteinander verknüpft, könnte das Magazin noch unentbehrlicher als bisher für die verbliebenen Reste der bürgerlichen Öffentlichkeit werden. Denn seit *d'Lëtzebuerger Land* sich in postmoderner Unverbindlichkeit ergibt, statt Brennpunkt der gesellschaftspolitischen Diskussion zu sein, klafft eine Lücke im sogenannten einheimischen Blätterwald.

**Romain Kohn**

* Publizist